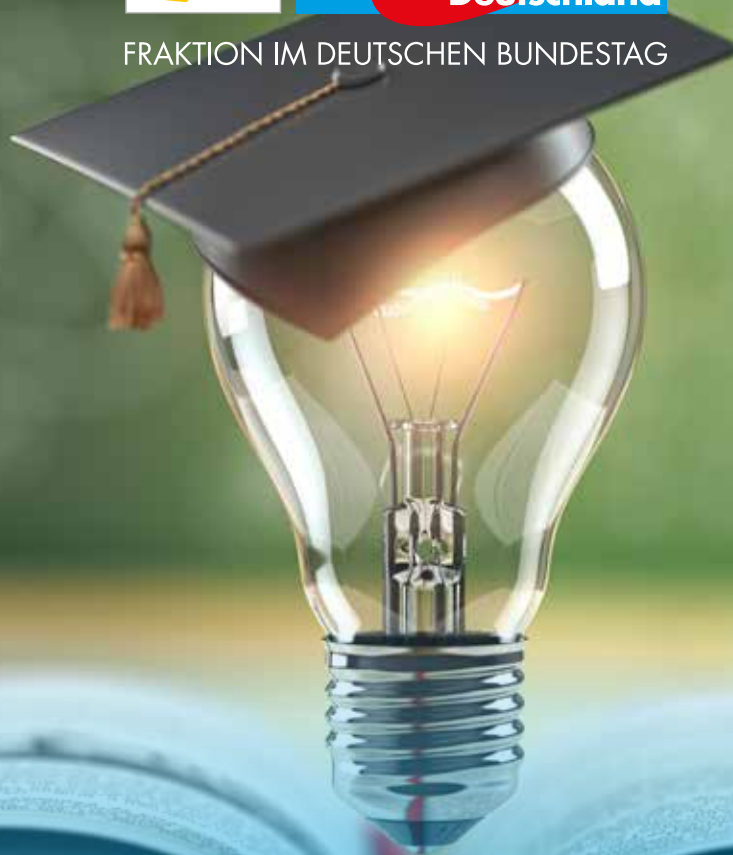




Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Arbeitskreis Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung der AfD-Bundestagsfraktion

Bildungs- und forschungspolitische Leitlinien

INHALT

Vorwort	2
1. Frühe Kindheit	3
2. Schulische Bildung	5
3. Berufliche Bildung	7
4. Struktur des Wissenschafts- und Bildungssystems	13
5. Forschung und Lehre	17
6. Internationale Ebene	21
Besondere Formen der Zusammenarbeit	25
Der Arbeitskreis in Zahlen	27
Die Mitglieder des Arbeitskreises	29

Vorwort

Deutschlands Schulen, in zunehmendem Maße auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, stehen seit Jahren unter dem Einfluss einer ideologisch fehlgeleiteten Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Die Folgen sind desaströs. Die zahlreichen bildungspolitischen Reformen und Experimente der vergangenen Jahrzehnte haben Lehrern, Schülern und Studenten viel zugemutet, aber wenig gebracht. Nur noch sechs Prozent der Grundschüler in Deutschland erreichen im Fach Mathematik die höchste Leistungsstufe. In Singapur sind es 54 Prozent, im Durchschnitt der OECD-Staaten 11,5 Prozent. Wir setzen uns daher für eine Rückbesinnung auf bewährte Strukturen, klassische Bildungsinhalte und eine am Humboldt'schen Bildungsideal ausgerichtete Bildungspolitik ein.

Bildung im klassischen Sinn ist ein Prozess der Entfaltung und Entwicklung aller in einem Menschen angelegten positiven Eigenschaften. Bildungsgerechtigkeit entsteht nicht, wenn man alle Schüler ungeachtet ihrer verschiedenartigen Begabungen gleich behandelt. Nur in einem differenzierenden, gegliederten Schulsystem ist es möglich, den unterschiedlichen Anlagen und Fähigkeiten der Schüler gerecht zu werden und sie individuell optimal zu fördern.

Mit der vorliegenden Broschüre dokumentiert der Arbeitskreis Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung seine parlamentarische Arbeit und legt damit die bildungs- und forschungspolitischen Positionen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dar.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Goetz Frömming

Dr. Götz Frömming, MdB

Leiter des Arbeitskreises

Nicole Höchst

Nicole Höchst, MdB

Stellvertretende Leiterin des Arbeitskreises

1. Frühe Kindheit



1.1 Qualität in der Betreuung – elterliche Wahlfreiheit

Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die Bildung gelegt. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich die Kinder im Rahmen der frühen Bildung sowohl zu Hause als auch im Kindergarten angenommen und wertgeschätzt fühlen, so dass sie selbstsicher, neugierig und wissbegierig den Herausforderungen des Lebens begegnen können.

Der beste Ort für die Betreuung und Erziehung kleiner Kinder ist die Familie. Für ein Kind unter drei Jahren, das eine Kindertagesstätte besucht, stehen die Bindung zu seinem Erzieher und das Lernen im freien Spiel im Vordergrund. Eine Kita-Gruppe sollte

möglichst klein sein. Dem Mangel an Kitaplätzen ist durch mehr Personal in den vorhandenen Kindertagesstätten sowie durch Errichtung neuer Kindertagesstätten zu begegnen.

Die AfD-Fraktion tritt für Wahlfreiheit ein, so dass Eltern eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie ihr Kind selbst betreuen oder in eine Kindertagesstätte oder zur Kindertagespflege geben. Eine Verschulung des Lernens im Kindergarten und eine allgemeine Kindergartenpflicht lehnt die AfD-Bundestagsfraktion ab.



1.2 Gegen Gender-Ideologie und Frühsexualisierung

Die Gender-Ideologie bestreitet naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Sogenannte geschlechtskritische oder identitätskritische Pädagogik richtet sich nicht am Wohl der Kinder aus, sondern dient dem ideologischen Wunschbild einer geschlechtsneutralen Gesellschaft.

Der verstärkte Fokus der staatlichen Bildungsförderung auf Mädchen und Frauen hat zur Folge, dass Jungen und zunehmend auch junge Männer systematisch benachteiligt werden. Ein auf Weiblichkeit ausgerichtetes Bildungswesen nimmt Benachteiligung

auf Seiten der Jungen in Kauf, die zu den neuen Bildungsverlierern werden.

Der Ansatz der »Sexualpädagogik der Vielfalt« ermuntert Kinder aktiv, die »lustvollen Seiten des Körpers« bei sich und anderen auszuprobieren. Durch diesen gezielten Abbau der natürlichen Schamgrenze der Kinder wird sexuellem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Wir setzen uns dafür ein, die indoktrinierende Gender-Ideologie aus den Bildungseinrichtungen zu verbannen. Identitätszerstörende Geschlechterpolitik bildet einen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder. Unser Bildungssystem darf nicht jugendfeindlich werden, der »Jungenkrise« muss entgegen gewirkt werden.

Frühsexualisierung schadet dem Kindeswohl, Sexualerziehung darf nicht übergriffig sein. Das grundgesetzlich garantierte Recht der Eltern, ihre Kinder selbst zu erziehen, muss gewahrt werden.



2. Schulische Bildung

besser zu integrieren. Dies kommt unserer gesamten Gesellschaft, ihrem Zusammenhalt und ihrem Wohlergehen, zugute.

Die AfD-Bundestagsfraktion plädiert für einen modernen, altersgerechten Heimatkundeunterricht an unseren Schulen, dessen Lehrpläne in den Bundesländern sich an den folgenden Themen orientieren sollten: heimische Sprache, Mundart und Kultur, regionale Industrie und Arbeitswelt, Fauna und Flora.

2.2 Digitalisierung

Die Bundesregierung stellt den Schulen in den Jahren 2019 bis 2024 für die Digitalisierung bundesweit fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Die Abgeordneten der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag haben den »Digitalpakt Schule« abgelehnt.

Der Forderung nach grundlegender Digitalisierung des Unterrichts liegt ein mechanistisches, enthumanisiertes Bildungskonzept zugrunde. Durch die Digitalisierung allein ist die Hebung des Bildungsniveaus nicht zu erreichen. Entscheidend ist das pädagogische »Dreieck« bestehend aus Schülern, Lehrern und Lerninhalten. Digitale Geräte sind wichtige Hilfsmittel, dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden. Es gilt das Primat der Pädagogik.

Wir stehen dem technischen Fortschritt positiv gegenüber, warnen aber davor, die Digitalisierung grundsätzlich als qualitätsstiftendes Merkmal zu begreifen. Wir möchten verhindern, dass die Schulen die durch den Digitalpakt entstehenden hohen Folgekosten für Installation, Instandhaltung, Updates, Softwarelizenzen und dergleichen mehr selbst tragen müssen. Der

2.1 Heimatkunde

Durch einen Heimatkundeunterricht erfahren Kinder mehr über die Kultur unseres Landes und erhalten damit in einer globalisierten Welt eine nützliche Orientierungshilfe. Heimatkundeunterricht bestärkt, nicht nur die eigene Kultur zu schätzen, sondern auch fremde Kulturen zu akzeptieren. Auch Kindern von Migranten hilft der Heimatkundeunterricht, sich



Bund darf den Ländern und Kommunen nicht durch eigene Regularien in die Verwendung der Mittel hineinreden und so den Spielraum der Schulen für gegebenenfalls dringlichere Investitionen verengen.

Technische Innovationen an Schulen sind sinnvoll, sofern sie dem Lernerfolg zuträglich sind und der traditionelle Unterricht in seiner Kontinuität gewährleistet ist. Es sollte dem Lehrer überlassen werden, welche Medien er zu welchem Zweck einsetzt. Die Schule soll die Schüler in die Lage versetzen, die Funktionsweise der digitalen Medien zu verstehen, so dass die Schüler kritisch, mündig und kontrolliert mit ihnen umgehen können. Unabdingbar ist die Stärkung des Informatikunterrichts.

2.3 Empirische Bildungsforschung und Testindustrie

Seit dem Siegeszug der sogenannten Kompetenzorientierung hat die Vorstellung von Bildung nur noch am Rande mit Wissen und Inhalten zu tun. Bildung

droht zur mess- und verwertbaren Ware zu verkommen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat sich in den letzten Jahren ohne Not in die Abhängigkeit von der OECD und anderen Lobbyisten der Vermessungs- und Testindustrie begeben.

Die AfD-Fraktion im Bundestag tritt dafür ein, den Einfluss von profitorientierten Firmen auf unser Bildungssystem zu unterbinden. Wir müssen wieder unseren Lehrern statt den Algorithmen der Testindustrie vertrauen. Unsere Abgeordneten wenden sich gegen die fatale Fixierung auf die empirische Bildungsforschung. Eine weitere Ökonomisierung, Zentralisierung und Globalisierung des Bildungswesens, die sowohl von linker als auch von liberaler Seite betrieben wird, lehnen wir ab.



3. Berufliche Bildung

3.1 Berufliche Bildung aufwerten – duale Ausbildung stärken

Der Trend zur Akademisierung und dem Abitur als Maß aller Dinge sorgt für hohe Abbrecherquoten im Studium und geht zu Lasten des Handwerks, dem dadurch potenzielle Arbeitskräfte verloren gehen. Darüber hinaus wird durch die Berufsbezeichnungen »Bachelor Professional« und »Master Professional« im Rahmen der beruflichen Weiterbildung eine Gleichartigkeit zu Hochschulabschlüssen vorgetäuscht, die es so nicht gibt. Akademische Ausbildung und berufliche Ausbildung sind nicht gleich, aber sie sind gleich viel wert. Die Berufsausbildung ist und bleibt die zentrale Zukunftsinvestition der Wirtschaft. Ihre praktische Verantwortung, den eigenen Fachkräftenachwuchs primär selbst auszubilden, darf nicht durch Maßnahmen der Regierung beeinträchtigt werden.

Die AfD-Fraktion fordert, die berufliche Ausbildung zu einer wirklich attraktiven Alternative zur akademischen Ausbildung auszugestalten. Dies erreichen wir durch flexibel einsetzbare Zusatzqualifikationen sowie das Vorziehen von Inhalten der beruflichen Fortbildung. Wir fordern die Aufwertung der weltweit geachteten dualen beruflichen Ausbil-

dung in Deutschland, um dem »Akademisierungswahn« entgegenzutreten.



3.2 Abgrenzbare Ausbildungsabschnitte und Ausbildungspass

Der Ausbildungsbedarf verändert sich stetig, eine Modernisierung der beruflichen Ausbildung ist dringend erforderlich. Die Einführung eines Systems abgrenzbarer Ausbildungsabschnitte könnte hier zukunftsfähige und nachhaltige Akzente setzen. Ein System von Ausbildungsabschnitten würde auch leistungsschwächeren Jugendlichen neue Chancen eröffnen. In der Berufsausbildungsvorbereitung (BAV) erworbene Qualifikationen wären trotz Ausbildungsabbruch oder Nichtbestehen der Abschlussprüfung nachweisbar.

Ein dazugehöriger Ausbildungspass, der jeden Menschen durch sein gesamtes berufliches Leben begleitet, könnte berufliche Qualifikationen und praktische Erfahrungen dokumentieren. Dies stellt gegenüber Abgangszeugnissen bei vorzeitiger Beendigung der Ausbildung die bessere Option dar.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat diese Forderungen zu einem Plenarantrag (Bundestagsdrucksache 19/11154) gebündelt und dem Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegt. In unserem Antrag heben wir unter anderem die Bedeutung abgrenzbarer Ausbildungsabschnitte und die Vorteile eines Ausbildungspasses hervor, der die erfolgreiche Absolvierung einzelner Ausbildungs- und Fortbildungsabschnitte an unterschiedlichen Ausbildungsstellen dokumentiert.

Auch in das Konzept der Berufsausbildungsvorbereitung (BAV) und in das Programm »Einstiegsqualifizierung« (EQ) sind geeignete Ausbildungsabschnitte einzubeziehen. Ihre Anrechnungsfähigkeit auf eine nachfolgende berufliche Ausbildung muss gewährleistet sein.

3.3 »Meister statt Master«

Hohe Abbrecherquoten im Studium gehen zu Lasten des Handwerks, dem dadurch potenzielle Arbeitskräfte verloren gehen. Mit einer Initiative »Meister statt Master« kann eine Ausbildung im dualen System aufgewertet werden. Technik und Wirtschaft müssen verstärkt Einzug in den Unterricht aller Schulformen

halten. Auch die Berufsorientierung und die Berufsberatung müssen gestärkt werden. Die Ausbildungsbetriebe müssen sich künftig wieder auf die Ausbildungsreife der Schulabsolventen verlassen können.



Die AfD-Fraktion hat sich im Bundestag wiederholt für die Aufwertung der weltweit geachteten dualen beruflichen Ausbildung eingesetzt. Wir brauchen mehr fertige Meister und weniger gescheiterte Master (Bundestagsdrucksache 19/11154). Von der beruflichen Bildung aus sollte auch der Einstieg in die akademische Laufbahn möglich sein. Wir befürworten eine Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung (Studium mit Meisterbrief und Berufsabitur). Die Besten müssen aufsteigen können.

3.4 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) reformieren

Beim BAföG gab es zahlreiche Regulierungsversuche. Dies hat letztlich dazu geführt, dass heute

niemand mehr exakt voraussagen kann, welcher Auszubildende und welcher Student wie viele Mittel erhalten kann. Das neue BAföG sollte eine unbürokratische und transparente Ausbildungsförderung sicherstellen. Ziel muss es sein, auch Jugendlichen aus finanzschwachem Elternhaus eine Ausbildung zu ermöglichen. Eine allgemeine Ausbildungsförderung in Form einer elternunabhängigen Grundförderung entspricht nicht dem Sozialstaatsprinzip.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert in ihrem Antrag »Bundesausbildungsförderungsgesetz von Grund auf reformieren« (Bundestagsdrucksache 19/8990), die Ausbildungshilfe eltern- und einkommensabhängig in Form eines Zuschusses bis zu 485 Euro zu gewähren. Zusätzlich kann ein zinsfreier Kredit in Höhe von 450 Euro in Anspruch genommen werden.



3.5 Gleichwertigkeit von Hochschul- ausbildung und beruflicher Bildung: Aufstiegsfortbildung

Die bewährten Abschlussbezeichnungen der Aufstiegsfortbildung, wie zum Beispiel Meister, Fachwirt und Betriebswirt, wollen wir beibehalten. Die Einführung akademisierender, englischsprachiger Begriffe (»Berufsbachelor«, »Berufsmaster«) hat die AfD-Fraktion abgelehnt. Teilnehmer der Aufstiegsfortbildung müssen für zwei bis vier Jahre aus ihrem Beruf ausscheiden und auf ihr Einkommen verzichten. Im Unterschied zu Studenten, deren Ausbildung weitgehend kostenlos ist, müssen sie aber die Kurs- und Prüfungsgebühren bis zu einem Viertel aus eigener Tasche bezahlen. Die Fördersumme für »Meisterstücke« entspricht ebenfalls nicht dem tatsächlichen Bedarf. Die AfD-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, diese Ungleichbehandlung von beruflicher und akademischer Ausbildung zu beseitigen.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert in einem Plenarantrag (Bundestagsdrucksache 19/16859) die Stärkung der Aufstiegsfortbildung: vereinfachte Verfahren der Antragstellung, stärkere Werbung in den Bundesländern, Anhebung der Maximalgrenze der Kostenbeteiligung für ein Meisterstück, steuerliche Vorteile für freistellende Unternehmen, Aufstiegsfortbildungsstipendien, bedarfsgerechte Aufstockung der Förderhöhe des »Attraktivitätspakets Meisterstück«, bei bestandener Prüfung Erlass des gesamten Darlehens, zweijährliche Evaluationen in Bezug auf die Teilnehmerzahlen und die Wahl der Fortbildungsmaßnahmen und Bildungseinrichtungen.

Die berufliche Bildung muss vom Staat genauso gefördert werden wie die akademische. Die Aufstiegsfortbildung sollte darauf abzielen, eine Gleichwertigkeit von Hochschulausbildung und beruflicher Bildung zu schaffen.

3.6 Studienabbrecherquote senken: Berufsorientierung und Hochschulzugangstests

Die Zahl der Abiturienten und der Studienanfänger steigt seit Jahren stetig an. Erkauft wird dies durch eine Absenkung des Anforderungsniveaus. In der Folge liegt die Zahl der Studienabbrecher bei gut einem Drittel. Bei Bildungsausländern ist es sogar jeder zweite, der die Universität ohne Abschluss verlässt. Nach Berechnungen des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft werden so jährlich über zwei Milliarden Euro Steuergeld in den Sand gesetzt. Es ist ungerecht, dass Steuerzahler ohne akademischen Hintergrund dieses akademische Missmanagement mitfinanzieren müssen. Aber auch jeder vierte Auszubildende bricht seine Ausbildung ab – auch deshalb, weil 84 Prozent der Schulabsolventen unklare Berufsvorstellungen haben.

Wir fordern den Ausbau und die Verbesserung der vorhandenen Konzepte zur Berufsorientierung, frühzeitig in den Schulunterricht integrierte Berufsorientierungsmaßnahmen, eine verstärkte Kampagne des Bundesinstituts für Berufsbildung und die Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, an Hochschulen Eignungsprüfungen für Studenten zu ermöglichen, um die Studienabbrecherquote zu senken (Bundestagsdrucksachen 19/7041 und 19/11082). Individualisierte Studienberatung nebst Schnupperkursen an den Hochschulen können dazu beitragen, dass Absolventen hinsichtlich der Studienwahl besser vorbereitet sind.

3.7 Attraktiver Ausbildungsmarkt und Ausbildungsqualität

Die mehr als 300 Berufsausbildungsgänge sind die Basis für die wirtschaftlichen Erfolge vieler kleiner und mittelständiger Betriebe in unserem Land. Der Berufsbildungsbericht 2020 zeigt im Vergleich der Jahre 2008 und 2019 jedoch einen Rückgang der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 15 Prozent. Besonders in Betrieben mit weniger als zehn Mitarbeitern, das Gros der deutschen Unternehmen, können immer weniger Ausbildungsstellen besetzt werden. Da in vielen Betrieben und Unternehmen

pandemiebedingt Umsatzeinbußen entstanden sind, ist mit einem weiteren Ausbildungsrückgang zu rechnen. Vielen Auszubildenden wurde bereits zum Anfang der Corona-Pandemie gekündigt. Der seit Jahren bestehende Fachkräftemangel, das Demographieproblem und die pandemiebedingten Umsatzausfälle und Betriebsstilllegungen haben die ohnehin schon angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt zusätzlich verschärft. Doch muss einerseits die Ausbildungsqualität verbessert, andererseits die berufliche Bildung insgesamt wesentlich attraktiver werden. Die Nutzung digitaler Medien in der beruflichen Bildung kann dazu einen ergänzenden Beitrag leisten.



Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Berufliche Bildung stärken – Keinen zurücklassen“

Bundestagsdrucksache 19/11154; 26.06.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/111/1911154.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Bundesausbildungsförderungsgesetz von Grund auf reformieren“

Bundestagsdrucksache 19/8990; 03.04.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/089/1908990.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Aufstiegsfortbildung praxisnah und umsetzbar fördern“

Bundestagsdrucksache 19/16859; 29.01.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/168/1916859.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Bildungsgerechtigkeit wiederherstellen – Leistungsgedanken stärken“

Bundestagsdrucksachen 19/7041; 16.01.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907041.pdf>



HIER SCANNEN

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung:

„Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Aufgaben der Integration“

Bundestagsdrucksachen 19/11082; 25.06.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911082.pdf>



HIER SCANNEN

4. Struktur des W Bildungs

4.1

Föderalismus stärken

Die Bundesregierung mischt sich zunehmend in die Bildungspolitik der Länder ein und hält sie am »goldenen Zügel«. Der Bund will sich mit der Vergabe von Steuermitteln ein Mitspracherecht erkaufen. Die Länder werden auf diese Weise zu Verwaltungsprovinzen des Bundes degradiert. Das steht im Widerspruch zum Grundgesetz, das die föderale Struktur unseres Staates festschreibt.

Zur Stärkung des Föderalismus könnte der Bund die Länder über höhere Beteiligung an Steuereinnahmen, beispielsweise durch mehr Umsatzsteuerpunkte, unterstützen. Dadurch könnten die Länder selbst über die konkrete Verwendung der Mittel entscheiden.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag versteht sich als Anwältin des Föderalismus: Die historisch gewachsene und bewährte föderale Struktur unseres Bildungswesens sollte gestärkt und nicht geschwächt werden. Die im Jahre 2006 mit Einführung von Artikel 91b GG angestoßene Föderalismusreform war als Weichenstellung ausreichend. Die weitere Öffnung der föderalen Bildungsstrukturen durch Änderung von Artikel 104c GG ist ein Irrweg. (Bundestagsdrucksache 19/4543 und Plenarprotokoll 19/68).

4.2

Exzellenzstrategie neu konzipieren

Ähnlich wie die Exzellenzinitiative hat sich auch die Exzellenzstrategie zu einem »Wettbewerb im Antrageschreiben« entwickelt. Statt tatsächlicher Lehr- oder Forschungsleistung wird vor allem die Selbstdarstellung prämiert. Der Katalog der Förderkriterien der Exzellenzstrategie ist wissenschaftsfremd, er orientiert sich vorrangig an äußerlichen Erfolgsmerkmalen. Die kontinuierlich wachsenden Eingriffe aus der Politik üben auf die Wissenschaftler einen Konformitätsdruck aus, der die Freiheit der Wissenschaft untergräbt.

Wir fordern, die politische Einflussnahme in der Exzellenzstrategie zu reduzieren. In Zukunft soll die Exzellenzkommission ohne Einmischung der Wissenschaftsminister über die zu fördernden Universitäten entscheiden. Die Förderlinie II der Exzellenzstrategie ist zu einem Preissystem umzuformen, das erbrachte Leistungen und Leistungsverbesserungen und nicht nur Anträge prämiert. Der zeitliche und personelle Aufwand für administrative Anforderungen muss reduziert werden. Wissenschaftler sollen Forschung betreiben und nicht nur Evaluationsberichte und Anträge schreiben.

Wissenschafts- und Systeme

4.3

Grundfinanzierung sichern – Hochschulautonomie stärken

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine unabdingbare Grundvoraussetzung für den wissenschaftlichen Fortschritt. Der relative Anstieg von Drittmitteln gegenüber der Grundfinanzierung gefährdet die Hochschulautonomie. Nur durch eine verlässliche Grundfinanzierung kann die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet werden.

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Die politisch-ideologisch motivierte Vergabe von staatlichen Drittmitteln ist durch eine deutliche Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder zu ersetzen. Der Wissenschaftsbetrieb muss vor ausufernden bürokratischen Regelungen geschützt werden. Die Hochschulen müssen über Art und Umfang ihres Studienangebots frei entscheiden können (Bundestagsdrucksache 19/13199).

4.4

Wissenschaftsfreiheit garantieren

In den vergangenen Jahren kam es an deutschen Universitäten immer wieder zu Vorfällen, die darauf hindeuten, dass die durch Artikel 5 Absatz 3 GG geschützte Wissenschaftsfreiheit gefährdet ist. Die pluralistische Debatten- und Streitkultur wird an deutschen Hochschulen zunehmend durch aggressive, selbsternannte Meinungswächter bedroht. An manchen Universitäten können bestimmte Redner gar nicht mehr ohne Polizeischutz auftreten; dies untergräbt die Freiheit der Wissenschaft. Auch durch Genderforschung und »Postcolonial Studies« haben die Universitäten eine Politisierung erfahren.

Die Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion wirkten wiederholt auf die Bundesregierung ein, sich dem Problem der fortgesetzten Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen zu stellen (Bundestagsdrucksache 19/16110). Die Wissenschaftsfreiheit muss gegen Angriffe durch politische Korrektheit verteidigt werden (Bundestagsdrucksache 19/2533). Das Ethos der Wissenschaft, zu dem Kritikfähigkeit, Unvoreingenommenheit und der Respekt vor anderen Wissenschaftlern und ihren Leistungen gehören, ist zu stärken (Bundestagsdrucksache 19/13199). Auch die Wissenschaftskommunikation darf nicht für gesellschaftspolitische Ziele instrumentalisiert werden (Bundestagsdrucksache 19/19524).

4.5

»Gesellschaftliches Engagement« der Hochschulen hinterfragen

Forschung und Lehre bilden die klassischen Aufgaben der Hochschulen. Neben diesen traditionellen Aufgaben wird von den Hochschulen nun gesellschaftliches Engagement als dritte Säule (»Third Mission«) verlangt. Universitäten und Fachhochschulen sollen auf vielerlei Arten in die Gesellschaft hineinwirken.

Zur sogenannten »Third Mission« der Hochschulen gehören Wissenstransfer und Wissenschaftskommunikation. Die Hochschulen sind angehalten, durch Kooperationen mit Unternehmen die Wirtschaft zu stärken und durch eigenes Engagement und mit ihren Kompetenzen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen.

Durch die Rückkopplung an gesellschaftspolitische Erwartungshaltungen büßt die Hochschulforschung in thematischer und organisatorischer Hinsicht an Freiheit ein. Ein indirektes Kontrollinstrument wird geschaffen. Kapazitäten von Forschern werden gebunden, Forschungsgegenstände werden thematisch nach Kommunizierbarkeit ausgewählt. Die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft verschwimmen.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag übt mit ihrem Plenar Antrag (Bundestagsdrucksache 19/19524) an der Strategie der »Third Mission« deutliche Kritik. Das Grundsatzpapier des BMBF zur Wissenschaftskommunikation und die damit verbundenen Maßnahmen bergen die Gefahr einer Instrumentalisierung der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Zwecke. Die AfD-Fraktion fordert an der Autonomie der Hochschulen und der Ergebnis-

offenheit der Forschung festzuhalten. Wissenstransfer in Form von Kooperationen mit der Wirtschaft ist zu fördern. Wissenschaftskommunikation darf nicht zur Aushöhlung der Wissenschaftsfreiheit führen.

4.6

Rückkehr zu Magister und Diplom ermöglichen

Die sogenannte Bologna-Reform hatte eine Einbuße in der Studienqualität zur Folge. Der vormalige Magisterstudiengang gab den Studenten mehr Freiraum zur Selbstorganisation des Studiums und zur Reifung der Persönlichkeit. Der Bachelorstudiengang hingegen ist durch Modularisierung verschult und brachte durch höhere Prüfungsdichte einen größeren, aber unproduktiven Arbeitsdruck. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) ergab, dass lediglich 47 Prozent der Unternehmen mit den Bachelorabsolventen zufrieden sind.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert, die durch den »Bologna-Prozess« eingeleiteten Maßnahmen ergebnisoffen zu überprüfen und den Hochschulen wieder das Recht einzuräumen, zu den bewährten deutschen Studiengängen und den dazugehörigen Abschlüssen (Magister und Diplom) zurückzukehren.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Bildungsföderalismus stärken

Bundestagsdrucksache 19/4543; 26.09.2018

<https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/045/1904543.pdf>



HIER SCANNEN

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung:

„Forschungoutput stimulieren – Pakt für Forschung und Innovation neu justieren“

Bundestagsdrucksache 19/13199; 13.09.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/131/1913199.pdf>



HIER SCANNEN

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der AfD:

„Haltung der Bundesregierung zu den fortgesetzten Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen“

Bundestagsdrucksache 19/16110; 18.12.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/161/1916110.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Framing der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele im Namen der Wissenschaftsfreiheit verhindern“

Bundestagsdrucksache 19/19524; 27.05.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/195/1919524.pdf>



HIER SCANNEN

5. Forschung und Lehre

5.1 Vereinbarkeit von akademischer Ausbildung und Familiengründung

Die Quote der kinderlosen Akademikerinnen über 45 Jahren liegt bei 26 Prozent und damit deutlich über der Quote von Nichtakademikerinnen. Die Vereinbarkeit von akademischer Ausbildung und Familiengründung ist noch immer nicht gewährleistet. Dies führt zu einem Nachteil für die Frauen, deren nachweislich vorhandener Kinderwunsch sich nicht mit einer akademischen Karriere in Einklang bringen lässt.

Die AfD-Fraktion fordert, durch entfristete Beschäftigung und geeignete Förderprogramme die Erfüllung des Kinderwunsches zu unterstützen. An allen Universitäten muss es geeignete Einrichtungen zur Kinderbetreuung geben.





5.2 Verbesserung der Situation des akademischen Mittelbaus

Mehr als 80 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter an Hochschulen sind befristet beschäftigt. Dies erklärt sich auch dadurch, dass ein großer Teil dieser Beschäftigten über Drittmittel finanziert wird. Die betreffenden Wissenschaftler oder Dozenten befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen mit mangelnder Absicherung.

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die prekären Arbeitsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals abgebaut werden. Gleichzeitig darf die Flexibilität der Hochschulen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht durch zu starre Regelungen eingeschränkt werden. Hoch qualifizierten Wissenschaftlern muss sowohl in der Forschung als auch in der Lehre eine dauerhafte Berufsperspektive geboten werden. Nach dem Vorbild des angloamerikanischen Hochschulsystems sollen Tenure-Track- und Lecturer-Positionen geschaffen werden. Um die Abhängigkeit von befristeter Drittmittelfinanzierung zu verringern, bedarf es einer Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen.

5.3 Neuer Hochschulpakt: Bessere Betreuungsrelation in der Lehre

Das Ziel des Hochschulpaktes sollte nicht eine weitere rein quantitative Steigerung der Studienanfängerzahlen sein. Die in der Kapazitätsverordnung festgeschriebene Kopplung von personellen Lehrkapazitäten und Aufnahmeverpflichtung hindert die Hochschulen daran, eine nachhaltige Verbesserung der Betreuungsrelationen und der Lehre vorzunehmen. Zusätzliche Mittel, die für eine höhere Studienqualität eingesetzt werden könnten, führen somit automatisch zur Verpflichtung der Hochschule, mehr Studienanfänger aufzunehmen.

Die AfD-Fraktion fordert in einem Plenarantrag (Bundestagsdrucksache 19/5043), einen neuen Hochschulpakt zu vereinbaren, der über mehrere Legislaturperioden angelegt wird und folgende Zielvereinbarungen enthält: Steigerung der Studienanfängerzahl in den MINT-Fächern, Einführung von Studien-Eingangsprüfungen, Förderung eines optimierten Beratungsangebots, insbesondere die Studienfachwahl betreffend, Entflechtung der derzeit weit verzweigten Studienfachangebote und Konzentration auf ausgewählte Studienfächer. Die Fortschreibung des Hochschulpakts, der die Betreuungsrelation zwischen Lehrkräften und Studenten verbessern soll, muss mit einer von Bund und Ländern getragenen Initiative zur Reform der Kapazitätsverordnungen verbunden werden.

5.4 Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Die gemeinsam von Bund und Ländern geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie zum Beispiel die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft, bilden einen wichtigen Bestandteil der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft.

Die AfD-Fraktion vertritt die Position, dass diese Institutionen nicht zusätzlichen staatlichen Kontrollen ausgesetzt werden dürfen, sondern ihnen mehr Entscheidungsfreiheit bei der Wahl ihrer Forschungsgegenstände ermöglicht werden muss. Darüber hinaus ist es dringend notwendig, die Finanzierung in ausreichendem Maße, dauerhaft und auch für langfristige Forschungsprojekte zu gewährleisten. Dafür hat der Bund mit weitreichenden Finanzierungszusagen, die auch die AfD-Fraktion mitträgt, eine gute Grundlage geschaffen. Zur besseren Vernetzung zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen müssen Infrastrukturzentren zur gemeinsamen Nutzung aufgebaut und strukturierte Promotionsprogramme gestärkt werden.

5.5 Zukunftsweisende Forschung

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland darauf angewiesen, dass wir eine Wissensgesellschaft bleiben. Wenn wir Bildung und Forschung vernachlässigen, wird sich dies früher oder später negativ auf den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes auswirken. Durch den Abbau bürokratischer Hürden können innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung geschaffen werden, um Sprunginnovation und Weiterentwicklung zu ermöglichen und so den Standort Deutschland langfristig zu stärken.

Mit einem Plenarantrag (Bundestagsdrucksache 19/4844) hat die AfD-Fraktion die Bundesregierung aufgefordert, die Grundlagen für eine steuerliche Förderung von forschenden Unternehmen in Deutschland zu schaffen. Diese frühe parlamentarische Initiative war erfolgreich, da die Bundesregierung später im Grundsatz dem AfD-Konzept gefolgt ist.

Die AfD-Fraktion hat sich dafür eingesetzt (Bundestagsdrucksache 19/20762), einen zentralen Campus »Künstliche Intelligenz (KI)« als Leuchtturmprojekt der deutschen KI-Strategien ins Leben zu rufen, damit Deutschland bei der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz zu den führenden Nationen gehört.

In einem weiteren Antrag (Bundestagsdrucksache 19/20078) fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, die pharmazeutische Forschung und Entwicklung in Deutschland national zu verankern und krisenfest zu machen. Die derzeitige Förderung der international ausgerichtete Impfstoffinitiative CEPI wollen wir reduzieren und die dadurch frei werdenden Finanzmittel für deutsche Firmen und Forschungseinrichtungen bereitstellen.

Die AfD-Bundestagsfraktion unterstützt die weitere Forschung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die wissenschaftlich-technische Kompetenz im Bereich der nuklearen Sicherheits- und Reaktorforschung muss in Deutschland erhalten und weiterentwickelt werden; dazu gehört auch die Entwicklung neuer Kernkraftwerkstypen der IV. Generation (Bundestagsdrucksache 19/6997).

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Neuer Hochschulpakt 2021“

Bundestagsdrucksache 19/5043; 16.10.2018

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/050/1905043.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Für ein innovationsfreundliches Steuersystem – Steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung einführen“

Bundestagsdrucksache 19/4844; 10.10.2018

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/048/1904844.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Jetzt einen zentralen KI-Campus als Leuchtturmprojekt gründen“

Bundestagsdrucksache 19/20762; 29.06.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/207/1920762.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Pharmazeutische Forschung und Entwicklung in Deutschland national verankern und krisenfest machen“

Bundestagsdrucksache 19/20078; 17.06.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/200/1920078.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Deutscher Beitrag zu Forschungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“

Bundestagsdrucksache 19/6997; 15.01.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/164/1916488.pdf>



HIER SCANNEN

6. Internationale Ebene

6.1 Deutsch als Wissenschaftssprache

Wissenschaftliche Fachtagungen, Seminare und auch ganze Studiengänge werden hierzulande immer häufiger nicht in deutscher, sondern in englischer Sprache durchgeführt.

Jede Sprache lässt aber einen anderen Blickwinkel auf die Wirklichkeit zu und ermöglicht eigene Denkmuster. Das Ausweichen auf eine Fremdsprache geht gerade in den Geisteswissenschaften mit einem Verlust an Differenzierung und Präzision einher. Aus diesem Grund wenden sich namhafte Vertreter der Wissenschaften oder Institutionen wie der »Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache« (ADAWIS) gegen die alleinige Dominanz des Englischen und sprechen sich für die Pflege des Deutschen als Wissenschaftssprache aus.

Die AfD-Fraktion fordert mit ihrem Plenarantrag (Bundstagsdrucksache 19/16053) die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zum Erhalt, zur Stärkung und zur Pflege der Wissenschaftssprache Deutsch. Denn die Gesellschaft, die die Wissenschaft finanziert, hat auch ein Anrecht darauf, zu erfahren, welche Erkenntnisse und Theorien dort produziert werden, und dies in der Sprache, die auch interessierte Laien verstehen können.

6.2 ERASMUS-Programm

Nach dem Ausscheiden der Schweiz und des wichtigen Programmlandes Großbritanniens ist eine Ausweitung des ERASMUS-Programmes nicht begründbar. Einerseits wird nunmehr die Finanzierungslast auf weniger Geberländer verteilt, andererseits nimmt die Attraktivität des Programmes für die Zielgruppe ambitionierter mobiler Studenten signifikant ab. Die Umleitung der Mobilitätsströme in andere Länder, wie etwa in das Nicht-EU-Mitgliedsland Türkei, ist Ausdruck einer neuen Mobilitätsstrategie, die die ursprünglichen europäischen Ziele aufgibt.

Die AfD-Fraktion plädiert in ihrem Plenarantrag (Bundestagsdrucksache 19/17526) dafür, sich im Europäischen Rat für Verhandlungen mit Großbritannien und der Schweiz einzusetzen. Ziel muss es sein, wenigstens die Wiederaufnahme dieser Länder als Programmländer im ERASMUS+-Programm zu erreichen. Eine Erhöhung der Beitragslast für Deutschland lehnen wir ab.

6.3 Internationale Konkurrenzfähigkeit – Außenwissenschaftspolitik

Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes hängt an der Konkurrenzfähigkeit unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems. Deutschland bildet hervorragend aus, vermag es jedoch nicht, das wissenschaftliche Personal im Land zu halten. Eine Anstellung an einer deutschen Hochschule ist sowohl für ausländische als auch für inländische Top-Wissenschaftler wenig attraktiv.

Die AfD-Fraktion setzt sich mit ihrem Plenarantrag (Bundestagsdrucksache 19/6424) dafür ein, die Entwicklung einer in sich geschlossenen Strategie für eine Außenwissenschaftspolitik voranzutreiben und umzusetzen. Die Gehaltseinstufungen von Wissenschaftlern sind dem internationalen Spitzenniveau anzupassen. Benötigt werden neue Formate der institutionellen Förderung, ein Ausbau der Förderlinie Exzellenzcluster der Deutschen Forschungsgemeinschaft und neue Möglichkeiten zur selbstständigen Forschung für leistungsstarke junge Forscher.

6.4 Internationalisierung und Zuwanderung

Die Integration neu zugezogener Migranten und Asylbewerber, insbesondere aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, stellt für das deutsche Bildungssystem eine »besondere Herausforderung« dar (Nationaler Bildungsbericht 2018). Wenn es nicht gelingt, durch eine Bildungsoffensive diese oftmals schlecht oder gar nicht ausgebildeten jungen Menschen für den hochtechnisierten und digitalisierten deutschen Arbeitsmarkt zu qualifizieren, wird diese Personengruppe dem Sozialstaat dauerhaft zur Last fallen, sofern sie nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Die AfD-Fraktion dringt darauf, bei der Migrationssteuerung den Bildungsstand und die Bildungsfähig-



keit als Entscheidungskriterien einzuführen, um die sich aufgrund der verstärkten Zuwanderung abzeichnenden Bildungskatastrophe in Deutschland abzuwenden. Die Erfahrungen restriktiv verfahrenender Einwanderungsländer wie Kanada und Australien bieten Beispiele für eine entsprechende Handhabung (Bundestagsdrucksache 19/7041). Die AfD-Fraktion steht für ein Einwanderungsgesetz, das an nationalen Interessen und Präferenzen ausgerichtet ist.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten und stärken“

Bundestagsdrucksache 19/16053; 18.12.2019

<https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/160/1916053.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Attraktivität des Erasmus-Programmes sichern – Großbritannien und die Schweiz als Programmländer erhalten“

Bundestagsdrucksache 19/17526; 03.03.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/175/1917526.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine Perspektive geben“

Bundestagsdrucksache 19/6424; 12.12.2018

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/164/1916488.pdf>



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Bildungsgerechtigkeit wiederherstellen – Leistungsgedanken stärken“

Bundestagsdrucksache 19/7041; 16.01.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907041.pdf>



HIER SCANNEN

Besondere Formen der Zusammenarbeit

Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt«

Die im Juni 2018 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« analysiert die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt und prüft die ökonomischen und sozialen Potenziale einer Modernisierung, um aus den Ergebnissen konkrete politische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Enquetearbeit befasst sich unter anderem mit den Themen Herausforderung der Digitalisierung für die berufliche Bildung, Anforderungen der digitalen Arbeitswelt an die Ausbildung im Betrieb und berufsbildenden Schulen, Weiterbildung, duales Studium und lebensbegleitendes Lernen, Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung, Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit, Übergänge, Passung, Berufsorientierung, Fachkräfte und Integration besonderer Gruppen. Die Vertreter der AfD-Fraktion begreifen die Digitalisierung als große Chance, sofern sie nicht als vorgebliches Allheilmittel aller funktionalen und strukturellen Schwächen dienen soll. Wir plädieren in dieser dynamischen Innovationsphase für eine Digitalisierung mit Augenmaß, die zum Beispiel auch dafür genutzt wird, um administrative Strukturen zu optimieren und bürokratische Abläufe zu beschleunigen.

Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale«

Der Bundestag hat mit der Einsetzung der Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz« eine Schlüsseltechnologie für die Zukunft Deutschlands als Wirtschafts- und

Wissenschaftsstandort thematisiert. Ziel dieser Enquetekommission, die Ende Oktober 2020 ihren Abschlussbericht vorlegte, war es, die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz auf das menschliche Zusammenleben, auf Bildung und Forschung, den Staat, dessen Verwaltung, die innere und äußere Sicherheit, auf die Medien, die Mobilität, das Gesundheitswesen, die deutsche Wirtschaft und auf die zukünftige Arbeitswelt zu untersuchen.

Aus Sicht der vier Vertreter der AfD-Fraktion in dieser Enquetekommission bedarf es bedeutend größerer Anstrengungen der Bundesregierung als bisher, um gegenüber den dominanten KI-Nationen China und USA nicht deutlich ins Hintertreffen zu geraten. Ideologisch motivierte Diskussionen über »diskriminierungsfreie Algorithmen« oder das Thema Nachhaltigkeit, sind allerdings nicht geeignet, jenes Maß an digitaler Souveränität zu erreichen, das für eine selbstbestimmte KI-Politik notwendig ist.

Um die KI-Forschung in Deutschland voranzubringen, ist der Aufbau eines KI-Campus – angelehnt an das Massachusetts Institute of Technology (MIT) –, der im Rahmen eines Leuchtturmprojekts das technologisch Machbare in visionären Konzepte überleitet und diese realisiert. Die Dringlichkeit des Aufbaus eines solchen Kompetenzzentrums haben wir in einem Antrag (Bundestagsdrucksache 19/20762) dargelegt. Von zentraler Bedeutung ist des Weiteren eine signifikante Hebung des schulischen und universitären Leistungsniveaus vor allem in den MINT-Fächern. Zugleich ist aber auch stets darauf zu achten, dass die Möglichkeiten von KI nicht dazu genutzt werden, die Bürger zu überwachen und zu gängeln. Ein »Social Scoring« wie in China darf es in Deutschland nicht geben.

Interfraktionelle Treffen mit den AfD-Landtagsfraktionen

Die bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen der Landtage und des Bundestages kommen auf Einladung des Arbeitskreises für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dreimal jährlich zu einem interfraktionellen Treffen zusammen. Ziel dabei ist es, Erfahrungen aus der parlamentarischen Arbeit auszutauschen, aktuelle Themen zu erörtern, gemeinsame Positionen zu erarbeiten und persönliche Kontakte zu knüpfen. Aus diesen turnusmäßig veranstalteten Treffen entwickelt sich eine Denkfabrik für bildungspolitisch notwendige Veränderungen. Auf den bisher acht interfraktionellen Treffen wurden gemeinsame Standpunkte und Leitlinien zu unterschiedlichen Themen formuliert.

Gemeinsame Erklärungen der bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen aus Bund und Ländern

Föderalismus

Die bildungspolitischen Sprecher aus Bund und Ländern wandten sich entschieden gegen die Pläne, dem Bund mehr Macht in der Bildungspolitik einzuräumen. Der Bildungsföderalismus ist der Garant, um den Bildungsbereich vor gleichmacherischen Tendenzen zu schützen. Die bewährte Bildungshoheit der Länder gewährleistet demokratische Prozesse, schützt regionale Besonderheiten und sichert einen leistungsförderlichen Wettbewerb.

Hochschulen

In einer gemeinsamen Erklärung wurde festgehalten, dass an Hochschulen verstärkt Eignungsprüfungen und der Zugangsbeschränkungen (»Numerus clausus«) eingeführt werden. Den Hochschulen muss wieder die Gestaltungshoheit zuerkannt werden, Studiengänge in der Humboldt'schen Tradition universitärer Lehre und Forschung mit den bewährten traditionellen Abschlüssen Magister und Diplom einzurichten. Die Kapazitätsverordnungen der Länder sind abzuschaffen.

Heimatkunde

Die bildungspolitischen Sprecher erklärten, sich auf Landes- und Bundesebene für die Einführung eines modernen, altersgerechten Heimatkundeunterrichts an deutschen Schulen einzusetzen.

Einwanderung

Die bildungspolitischen Sprecher forderten mit Blick auf die Folgen der Masseneinwanderung nach Deutschland Reformen im Bildungsbereich. Bevor Schüler an dem Regelunterricht teilnehmen, müssen sie Deutsch lernen und Deutsch mündlich und schriftlich so beherrschen, dass sie ohne weitere Unterstützung in vollem Umfang aktiv am Unterricht teilnehmen können. Dies ist durch einen entsprechend qualifizierten Sprachtest zu überprüfen. Umfassende und gefestigte Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift sind die Voraussetzung für die erfolgreiche Mitarbeit im Unterricht und die Integration in das Werte- und Normensystem Deutschlands. Bildungsfähigkeit und Bildungsstand müssen zentrale Kriterien einer funktionierenden Einwanderungspolitik werden.

Digitalisierung im Bildungswesen

In einer gemeinsamen Erklärung zum Digitalpakt meldeten die AfD-Bildungsexperten unter anderem verfassungsrechtliche Bedenken an und zogen in Zweifel, dass der Digitalpakt zu einer Verbesserung der Bildungsergebnisse führen wird. Der Digitalpakt verwischt die Verantwortlichkeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Mittel sind zu gering und es fehlt ein Konzept zur nachhaltigen Finanzierung. Lehrermangel und Schulsanierung sind drängendere Probleme als die Digitalisierung.

Der Arbeitskreis in Zahlen*

106

Reden im Plenum

34

Anträge

43

Kleine Anfragen

1

Große Anfrage

1

Gesetzentwurf

79

Parlamentarische Initiativen
gesamt

8

Interfraktionelle Treffen

76

Pressemitteilungen

* Stand 18.12.2020



Die Mitglieder des Arbeitskreises



Dr. phil. Götz Frömming, MdB

Leiter des Arbeitskreises

Geboren 1968 in Eutin, Schleswig-Holstein. Studium der Germanistik, Geschichtswissenschaft und Philosophie in Frankfurt am Main und Berlin. Promotion an der Universität Karlsruhe (KIT). Er war vor seiner Wahl in den Deutschen Bundestag als Studiendirektor an einem Berliner Gymnasium tätig. Dr. Frömming ist bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Berichterstatter für Schulpolitik.



Nicole Höchst, MdB

Stellvertretende Leiterin des Arbeitskreises

Geboren 1970 in Homburg (Saar); Studium der Anglistik und Romanistik auf Gymnasiallehramt in Saarbrücken, Montpellier, Brüssel und Düsseldorf. Vor ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag war sie zuletzt als Regierungsschuldirektorin am Pädagogischen Landesinstitut in Rheinland-Pfalz tätig. Frau Höchst ist Berichterstatterin für berufliche Bildung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Dr. rer. nat. Michael Ependiller, MdB

Geboren 1989 in Leonberg. Studium der Mathematik und Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Promotion an der RWTH Aachen. Vor seiner Wahl in den Bundestag war er dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. In seiner Funktion als Mitglied des Bundestages ist er Berichterstatter für das Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB).



Dr. phil. Marc Jongen, MdB

Geboren 1968 in Meran; Studium der Philosophie, Volkswirtschaft, Geschichte und Indologie an der Universität Wien. Promotion an der HfG Karlsruhe. Dort als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik tätig, bis 2015 auch Assistent des Rektors. Dr. Jongen ist Berichterstatter für Hochschulpolitik und kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Martin Reichardt, MdB

Geboren 1969 in Goslar. Offizier der Bundeswehr; Studium der Pädagogik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg. Vor seinem Einzug in den Bundestag war er als leitender Angestellter in der Bau- und Sicherheitsbranche tätig. Martin Reichardt ist Berichterstatter für Kinder- und Jugendpolitik.

Stellvertretende Mitglieder

Prof. Dr. Ing. Heiko Heßenkemper, MdB

geboren am 11. Januar 1956 in Hamm. Zuletzt Professor an der TU Freiberg.

Norbert Kleinwächter, MdB

geboren am 22. Februar 1986 in Augsburg. Zuletzt Gymnasiallehrer für Englisch, Französisch und Darstellendes Spiel.

Tobias Matthias Peterka, MdB

geboren am 4. September 1982 in Aachen. Diplom-Jurist, zuletzt Jurist im öffentlichen Dienst.

Armin-Paulus Hampel, MdB

geboren am 23. Juli 1957 in Bielefeld. Kapitänleutnant der Reserve, Journalist.



Folgen Sie uns

 AfDBundestag.de

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Dezember 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.